

Das **iranische Atomprogramm** umfasst nach offizieller Verlautbarung die Bemühungen, die Energieversorgung des Landes um die Nutzung der Kernenergie zu ergänzen. Diese Bemühungen wurden bereits im Jahre 1959 aufgenommen. Durch die Islamische Revolution und den Ersten Golfkrieg wurden die Arbeiten unterbrochen. Am 21. August 2010 wurde das Kernkraftwerk Buschehr offiziell von der iranischen Führung eröffnet, die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) nennt den 20. Juli 2011 als Beginn der kommerziellen Stromerzeugung.



Der Iran steht im Verdacht, die Entwicklung von Atomwaffen anzustreben, wobei die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) diesen Vorwurf stützt. Nach US-Angaben hatte der Iran bis in die späten 1970er während der Schah-Diktatur ein Atomprogramm in Betrieb, das danach unterbrochen wurde. Abdul Kadir Khan, ein Entwickler des pakistanischen Atomwaffenprogramms, hatte 2004 zugegeben, in den späten 1980ern Pläne für Gaszentrifugen an den Iran verkauft zu haben. Von offizieller Seite wird die Entwicklung von Atomwaffen bzw. Massenvernichtungswaffen zurückgewiesen. Vielmehr wird betont, dass das Atomprogramm lediglich friedlich genutzt werden solle.

**Geschichte:** Obwohl der Iran über die weltweit zweitgrößten Vorkommen an fossilen Energiequellen verfügt (Erdöl und Erdgas zusammengenommen), wurde dort bereits in den 1960er-Jahren über deren Begrenztheit nachgedacht. Der damalige Schah Mohammad Reza Pahlavi kam zu dem Schluss, dass Erdöl zu kostbar sei, um es zur Energiegewinnung zu verbrennen. In seiner Neujahrsansprache vom 21. März 1974 erklärte Mohammad Reza Schah:

*„Wir werden so rasch wie möglich die Atomenergie und alternative Energiequellen nutzen, um Öl für die Herstellung chemischer und petrochemischer Produkte zu reservieren. Wir sollten Öl, diese kostbare Substanz, nicht einfach als gewöhnlichen Brennstoff verwenden.“*

Die staatliche Planungsbehörde ging in ihrer von 1972 bis 1992 reichenden Langfristplanung von einer weltweiten Energieknappheit aus, für die sie die Energiepolitik der westlichen Industriestaaten verantwortlich machte, deren wirtschaftliche Entwicklung nahezu vollständig von billigen fossilen Brennstoffen abhing. Im Iran wollte man den Anteil der durch das Verbrennen von Öl gewonnenen Energie signifikant zu Gunsten von Nuklearenergie, Gas und Wasserkraft reduzieren. Nach dieser Planung sollten 1992 15,5% des gesamten Energieverbrauchs Irans aus der Nuklearenergie kommen. Mit Gas sollte 35% und mit Wasserkraft sollten 5,5% der verbrauchten Energie erzeugt werden. Öl wäre mit über 44% immer noch der wichtigste Energielieferant gewesen. Der aus Öl gewonnene Anteil an verbrauchter Energie hätte sich aber nach diesen Plänen gegenüber dem Stand von 1972 halbiert.

Iran ist heute der viertgrößte Rohöl-Exporteur der Welt und der zweitgrößte der OPEC. 2004 wurden rund 200 Millionen Tonnen Öl gefördert, was in etwa dem Jahresverbrauch von Deutschland und Großbritannien zusammengenommen entspricht. Bis heute (Stand: August 2010) ist noch kein Reaktor ans Netz gegangen, wobei ein Reaktor durch die Hilfe Russlands errichtet wird und aktuell mit Brennstoff beladen wird. Die Nutzung alternativer Energiequellen im Iran befindet sich mit Ausnahme der Wasserkraft noch immer im Versuchsstadium.

**Anfänge:** Der Grundstein des iranischen Atomprogramms wurde mit US-amerikanischer Hilfe gelegt. 1959 war der Universität Teheran im Rahmen des Atoms for Peace-Programms von Präsident Dwight D. Eisenhower ein Forschungsreaktor geschenkt worden. 1967 wurde aus den USA ein weiterer Forschungsreaktor (Leichtwasserreaktor) mit einer Leistung von 5 Megawatt geliefert und im *Teheran Nuclear Research Center* (TNRC) in Betrieb genommen. Am 1. Juli 1968 unterzeichnete der Iran den Atomwaffensperrvertrag, der nach der Hinterlegung der Ratifizierung bei den Signaturstaaten am 5. März 1970 für den Iran in Kraft trat. Signaturstaaten haben dem

Vertrag zufolge das Recht, Kernenergie ausschließlich für zivile Zwecke einzusetzen. Jedwede militärische Nutzung ist untersagt und mit Sanktionen bedroht. 1974 wurde die Iranische Atomenergieorganisation (AEOI) unter der Leitung von Akbar Etemad gegründet. In nur zwei Wochen entwarf Etemad das zukünftige Nuklearprogramm Irans, das den Bau von bis zu 23 Atomreaktoren bis zum Jahr 2000 vorsah.

Der Bau von kerntechnischen Anlagen erfordert gewisse Rahmenbedingungen, die im Iran nicht leicht zu erfüllen sind. Die Reaktoren benötigen erhebliche Mengen Wasser, sie müssen an ein Transportsystem angebunden sein, das auch den Transport schwerer Gerätschaften zulässt, sie müssen leicht mit dem Stromnetz des Landes zu verbinden und doch möglichst weit weg von dicht besiedeltem Gebiet gelegen sein. Darüber hinaus sollte es in dem Gebiet keine Erdbeben geben. Erste Analysen ergaben, dass es nicht mehr als zehn Orte zum Bau einer Atomanlage im Iran gibt. Man begann an drei Orten mit den Vorbereitungen zum Bau von Atomanlagen: Buschehr am Persischen Golf, Darkhwin am Karun und in einem Gebiet in der Nähe von Zayandeh Rud südwestlich von Isfahan.

1975 unterzeichnete der amerikanische Außenminister Henry Kissinger das *National Security Decision Memorandum 292* zur US-amerikanisch-iranischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nukleartechnologie. Es erläutert die Details des geplanten Verkaufs von Nukleartechnik im Wert von über 6 Milliarden US-Dollar an den Iran. Bis in die 1970er Jahre wurden zwischen den USA und dem Iran diesbezüglich mehrere Abkommen getroffen. 1976 wurde dem Iran sogar angeboten, eine Anlage zur Extraktion von Plutonium von den USA zu kaufen und zu betreiben. Die Vereinbarung bezog sich auf einen kompletten Nuklearkreislauf. Im Oktober 1976 wurde dieses Angebot von Präsident Ford allerdings zurückgezogen. Da die Verhandlungen mit den USA nicht zum Abschluss gebracht werden konnten, kamen deutsche und französische Firmen zum Zuge.

Um die Versorgung der iranischen Reaktoren mit angereichertem Uran sicherzustellen, ging 1975 als Ergebnis von französisch-iranischen Verhandlungen der zehnjährige schwedische Anteil an Eurodif, einem europäischen Unternehmen für Urananreicherung, an den Iran über. Es wurde die sogenannte „Sofidif“ (Société franco-iranienne pour l'enrichissement de l'uranium par diffusion gazeuse) gegründet, welche zu 25% an Eurodif beteiligt wurde und somit dem Iran seinen zehnjährigen Anteil an Eurodif ermöglichte. Bereits 1974 hatte der Iran die Zahlung von einer Milliarde US-Dollar für den Bau der Anreicherungsanlage zur Verfügung gestellt (die Zusage wurde 1977 nach dem Anstieg der Baukosten um weitere 180 Millionen US-Dollar erhöht) und sich damit das Vorkaufsrecht für 10% der späteren Produktion gesichert. Nach der Islamischen Revolution 1979 stellte der Iran seine Zahlungen ein. 1991 wurde mit der französischen Regierung eine Einigung über die Rückzahlung der geleisteten Anzahlung und die Aufhebung der iranischen Rechte auf Lieferung angereicherten Urans erreicht: Frankreich erstattete dem Iran 1,6 Milliarden US-Dollar, umgekehrt verzichtete der Iran auf jegliche Lieferung angereicherten Urans.

Neben den Kooperationsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland (1976) und Frankreich (1977) erwarb der Iran 1976 Anteile an einer neu entdeckten Uranmine in Südafrika, heute Namibia, die von der britischen Rio Tinto Group und der deutschen Urangesellschaft betrieben wird. An der Urangesellschaft sind heute die französische Cogema, die E.ON, die STEAG und die EnBW beteiligt.

**Kernkraftwerk:** Trotz des US-amerikanischen und französischen Engagements waren es westdeutsche Unternehmen, die 1974 einen Vertrag über den Bau des ersten iranischen Kernkraftwerks nahe der Stadt Buschehr abschlossen. Die deutsche Kraftwerk-Union AG, die den Reaktor bauen sollte, hatte mit der Sowjetunion einen Vertrag geschlossen, der die Lieferung von angereichertem Uran nach Inbetriebnahme des Reaktors für die folgenden 10 Jahre sichern sollte.

Die Arbeiten am Bau des Reaktors wurden jedoch durch die Islamische Revolution 1979 und den Ersten Golfkrieg unterbrochen. Der Bau eines ersten von zwei Kernkraftwerken in Darkhwin mit 935 Megawatt durch französische Unternehmen kam über die Vorbereitungsarbeiten nicht hinaus. 1984 begann der Iran, Ruhollah Chomeini hatte bis dahin die Atomenergie für „unislamisch“ erklärt und sämtliche Forschungsarbeiten untersagt, mit der Inbetriebnahme eines neuen Forschungszentrums nahe Isfahan. Nach Beendigung des Krieges mit dem Irak wurde verstärkt ab 1990 auch nach neuen ausländischen Partnern, u.a. China und Pakistan, gesucht. Am 21. Januar

1991 unterzeichnete der Iran mit China einen Vertrag zum Bau eines weiteren kleinen 27-Kilowatt-Forschungsreaktors in Isfahan. Auch der Erwerb eines kleinen Calutron aus China soll vereinbart worden sein. 1995 unterzeichnete Iran einen Vertrag mit Russland über die Fertigstellung des Reaktors von Buschehr, die bis 2010 andauerte. Am 4. September 2011 wurde es erstmals an das Stromnetz angeschlossen.

**Die geostrategische Lage des Iran:** Iran ist umgeben von Staaten, zu denen ein gespanntes bis feindliches Verhältnis besteht. Nicht nur das wahabitische Saudi-Arabien, auch die arabischen Golfstaaten, Pakistan und Aserbaidschan sind zudem – mehr oder weniger – mit den USA verbündet und auch die Türkei als Mitglied der NATO kann für Bombardierungsflüge gegen Iran verwendet werden. Zwar wurden zum Jahresende 2011 alle US-Soldaten aus dem Irak abgezogen, doch ist die politische Situation im Irak sehr brüchig und die Gefahr eines Bürgerkrieges besteht weiterhin. In Afghanistan sind nach wie vor US-Truppen stationiert; im persischen Golf wurde ein bereits anwesender Flugzeugträgerverband durch den am 20. Februar 2007 eingetroffenen Flugzeugträger USS John C. Stennis verstärkt. Diesem – aus iranischer Sicht – Aufmarsch feindlicher Truppen an der Nord-, Süd-, Ost- und Westgrenze Irans kann die islamische Republik nach Einschätzung zahlreicher Beobachter militärisch kaum etwas entgegensetzen, obgleich andere Experten massive Zweifel an der angeblich mangelhaften Wehrhaftigkeit der Iraner haben.

Weiterhin umgeben Iran Nachbarstaaten wie Pakistan und Russland, die über Atomwaffen verfügen. Der Iran fühlt sich von Israels Atomwaffen bedroht. Darüber hinaus gibt es Medienberichte, denen zufolge Israel den Einsatz von Mini-Nukes plant. Die EU ging auf das Sicherheitsproblem aus iranischer Sicht bei Verhandlungsangeboten nur bedingt ein, indem sie anbot, auf eine Bedrohung Irans durch britische und französische Atomwaffen zu verzichten. Die iranische Regierung weist zwar Verbindungen zwischen der Atomfrage und der Sicherheitslage von der Hand, jedoch ist die im Falle Nordkoreas nachgewiesene Funktion zur Befriedigung des nationalen Sicherheitsbedürfnisses offensichtlich auch für sie verlockend. Aus Angst vor der nuklearen Bewaffnung Irans gibt es auch in arabischen Ländern Überlegungen, Atomprogramme zu starten.

### **Die Kontroverse und ihre Hintergründe**

**2002–2004:** Im Jahr 2002 wurde bekannt, dass der Iran Atomanlagen unterhielt, die der IAEA verheimlicht worden waren, unter anderem in Natans und Arak. Dabei spielten Geheimdienstkontakte des Journalisten Seymour Hersh, Aussagen iranischer Dissidenten sowie die militärische Aufklärung mittels Satellitenfotografie eine Rolle.

Am 18. Dezember 2003 hat der Iran durch den Unterhändler Ali Akbar Salehi das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag unterzeichnet, ratifizierte es bislang aber nicht. Das 1997 von der IAEA beschlossene Zusatzprotokoll ergänzt den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968. Es gestattet z.B. unangemeldete Kontrollen durchzuführen, die auf Grund der Erfahrungen mit den Atomrüstungsplänen des Iraks nach dem Zweiten Golfkrieg für notwendig erachtet wurden. Die Regierung in Teheran erlaubte zunächst Inspektionen der IAEA und stellte die Urananreicherung vorübergehend sogar ein. 2007 tauchte die Meldung auf, die iranische Führung habe bereits 2003 mit einer umfangreichen „Roadmap“ versucht, Washington entgegen zu kommen. Über den Schweizer Botschafter Tim Guldemann habe sie Washington eine Liste von Punkten übersandt, durch die sie angeblich einen Ausgleich erzielen wollte: Neben einer umfangreichen Kooperation im Krieg gegen den Terrorismus stellte Teheran die „volle Transparenz“ bei der Frage der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und die „vollständige Zusammenarbeit“ mit der IAEA in Aussicht, das sogenannte Schweizer Memorandum. Nach Michael Rubin könnte Guldemann das Memorandum ohne Einbeziehung der iranischen Führung verfasst haben.

Im März 2004 fordert die IAEA Teheran auf, bis Juni alle Pläne und Informationen seines Atomprogramms offen zu legen. Der Iran geht dieser Forderung in der folgenden Zeit jedoch nicht nach.

## **2005**

**Richtungswechsel:** Mit der Wahl von Mahmud Ahmadinedschad am 3. August 2005 zum Präsidenten der Islamischen Republik Iran verschärfte sich der Konflikt um das iranische Atomprogramm. Der bisherige Chefunterhändler, Hassan Rowhani, ein gemäßigter Reformler, wurde bereits am 18. August 2005 seines Postens enthoben und durch Ali Laridschani, einen Reformgegner, ersetzt.

Mitte Dezember 2005 billigte Präsident Ahmadinedschad ein Gesetz, dem zufolge das Land die internationale Kontrolle seiner Atomanlagen jederzeit aussetzen darf. Die Hardliner in der Teheraner Führung fordern zudem schon seit geraumer Zeit die gänzliche Aufkündigung des Atomwaffensperrvertrags.

Die Regierung Ahmadinedschad nennt die Position des Atomwaffensperrvertrags „scheinheilig“ und „doppelzünftig“ und verweist einerseits auf das ursprüngliche Ziel des Vertrags, nämlich die globale nukleare Abrüstung voranzutreiben, andererseits auf das Verhalten der drei Atommächte Israel, Indien und Pakistan, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet haben. Diese drei Staaten eigneten sich Atomwaffen in Geheimprojekten an (Israel 1968, Indien 1974, Pakistan 1990). Das Eingeständnis Israels führt etwa nach Meinung der Deutschen Welle den derzeitigen Druck des Westens (USA und EU) auf den Iran ad absurdum, da Israel sich zwar der IAEO anschloss, nicht aber dem NPT.

Iran bestreitet Streben nach Atomwaffen vehement, das Atomprogramm diene der Diversifizierung seiner Energieversorgung, besonders vor dem Hintergrund der Verdopplung der iranischen Bevölkerung in den vergangenen 20 Jahren und der weltweiten Sorge um eine Erschöpfung der Ölvorräte. Angesichts steigender Ölpreise ist es für Iran auch wirtschaftlich von Interesse, mehr Öl zum Export zur Verfügung zu haben und Strom im Inland mit Atomkraft zu produzieren. Derzeit verbraucht der Iran ca. 40 Prozent seiner Ölförderung selbst.

Insbesondere die USA halten dagegen, dass Iran kein Atomprogramm brauche, da das Land über umfangreiche Öl- und Erdgasreserven verfüge und deren Ausbeutung billiger sei als die Bemühungen zur Gewinnung nuklearer Energie. Iran bezichtigt die USA im Gegenzug, lediglich das seiner Meinung nach illegale Atommonopol Israels im Nahen Osten aufrechterhalten zu wollen.

Zwei der Hauptgründe, die gegen ein iranisches Atomprogramm ins Feld geführt werden, sind die Machtverlagerung in Nahost auf die iranische Seite und Ängste der israelischen Regierung. Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad drohte wiederholt und öffentlich mit der Vernichtung des „zionistischen Regimes“, damit Israel meinent. Hinzu kommen die z.T. stark ausgeprägten fundamentalistischen Strukturen wie auch die in den meisten westlichen Medien als gesichert geltende Unterstützung militanter Gruppierungen wie der libanesischen Hisbollah durch die derzeitige Regierung in Teheran.

Dies ist nicht der einzige Anlass, der das Misstrauen der IAEO und zahlreicher Staaten, insbesondere Israels, gegenüber der Regierung in Teheran verstärkte. So handelt es sich insbesondere bei der Urananreicherung um eine so genannte Dual-Use-Technologie, also ein Verfahren, das sowohl zu zivilen als auch militärischen Zwecken verwendet werden kann. Jedoch ist für den gegenwärtigen Stand iranischer Atomstromgewinnung nach Ansicht von Experten kein angereichertes Uran erforderlich. Sollte das ein Einwand sein, so entkräftet ihn allerdings – rein rechtlich gesehen – der Atomwaffensperrvertrag selbst: Unterzeichner dieses Abkommens haben sogar Anspruch auf Unterstützung bei der Urananreicherung.

**Kompromissvorschläge:** Verschiedene Kompromissvorschläge der EU und Russlands sahen Lieferungen von nicht waffenfähiger Nukleartechnologie an den Iran vor (darunter auch Leichtwasserreaktoren), allerdings ohne jegliche Zeitangabe und ohne Berücksichtigung der dabei entstehenden Kosten für den Iran. Die Bedingung ist, dass jene Komponenten des Atomkreislaufs, die auch zu militärischen Zwecken eingesetzt werden können, ans Ausland abgegeben oder

liquidiert werden. Ein russischer Vorschlag, die Urananreicherung in Russland vorzunehmen, wurde von Teheran im Spätherbst 2005 – wie die vorgenannten auch – bis Anfang 2006 zurückgewiesen. Am 16. Januar 2006 hingegen begrüßte der iranische Botschafter in Moskau, Gholam-Reza Ansari, die Vorschläge des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Uran in Russland anzureichern, ausdrücklich. Die Initiative könne internationale Besorgnisse über die Nuklearambitionen Teherans dämpfen. Tags zuvor noch hatte der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki die EU-3, zwar der „Überreaktion“ bezichtigt, gleichwohl aber auf deren Rückkehr an den Verhandlungstisch gedrängt. Unklar bleibt für zahlreiche Beobachter, ob die widersprüchlichen Signale von Seiten Irans Teil einer vielfach unterstellten Hinhaltestrategie sind.

## **2006**

**EU-3; „Toter Punkt“:** Als vorläufiger Höhepunkt des Streits wurden im Januar 2006 von der IAEA versiegelte Anlagen zur Urananreicherung vom Iran wieder in Betrieb genommen. Für den Fall der Anrufung des UN-Sicherheitsrats, wie nun auch von der EU angekündigt, drohte das Land mit dem Abbruch aller Verhandlungen. Die mit der Vermittlung in dem Streit befasste „EU-Troika“ (EU-3) der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands sah die Verhandlungen mit Teheran „an einem toten Punkt angekommen“.



Bis dato hat die IAEA keine Beweise für die Existenz eines iranischen Atomwaffenprogramms gefunden. Jedoch bemerkte der Chef der IAEA, Mohammed el-Baradei, Iran habe in den vergangenen drei Jahren nicht glaubwürdig belegen können, dass sein Atomprogramm ausschließlich friedfertigen Zwecken diene.

Frankreich lehnte eine Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem Iran ab, solange das Land sein umstrittenes Atomprogramm nicht „vollständig aussetzt“. Ein militärisches Eingreifen in dem Land hingegen bezeichnete der französische Generalstabschef Henri Bentégeat als einen schweren Fehler: „Das wäre aus heutiger Sicht vollkommen verrückt“, so Bentégeat in einem Hörfunkinterview. Er warnte für einen solchen Fall vor einem „entsetzlichen Drama“ im Nahen Osten, nannte jedoch zugleich die Vorstellung, das Regime in Teheran könnte sich in den Besitz von Atomwaffen bringen, einen „echten Alptraum“.

Eine Kehrtwende in der bisherigen Nuklear-Doktrin Frankreichs bedeuteten – allerdings nur in Teilen der unzureichend informierten Öffentlichkeit – Äußerungen des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, der jenen Staaten mehr oder weniger unverhohlen mit Vergeltung in Form von Atomschlägen drohte, sollten diese Frankreich mit terroristischen Methoden angreifen. Ohne den Iran direkt anzusprechen, kündigte er am 19. Januar 2007 bei einem Besuch des Marinestützpunkts Ile Longue (Bretagne) „Anführern“ solcher Staaten Vergeltung in „nicht konventioneller“ Weise an. Ausdrücklich spielte Chirac jedoch auf „die Versuchung gewisser Staaten“ an, „sich unter Bruch der Verträge mit Atomwaffen auszustatten“. Neu daran waren weder der Vorbehalt noch die Terminologie; neu war die berechnend auf den Termin – und den offenkundigen Adressaten – gesetzte Ausdrucksweise. Dennoch stießen die Äußerungen Chiracs gerade auch in Deutschland auf teilweise scharfe Kritik, die Linkspartei PDS forderte sogar eine Diskussion im Bundestag zu diesem Thema. Unter anderem wurde er des Verstoßes gegen das Völkerrecht bezichtigt. Die Spannungen mit dem Iran schlugen sich auch an den Börsen nieder: Die Ölpreise zogen an, der Goldpreis stieg gar auf den höchsten Stand seit 25 Jahren (am 17. Januar 2006 wurde die Feinunze mit 564 US-Dollar gehandelt).

**Analyse des BND, BKA:** Der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) hat Politiker in Berlin am 19. Januar 2006 davon unterrichtet, Iran könne innerhalb weniger Monate eine Atombombe bauen. Zudem werden im Iran zahlreiche weitere verborgene Einrichtungen vermutet – nach Erkenntnissen des deutschen Bundesnachrichtendienstes sind es mindestens 20. Von diesen soll es auch verifizierte Satellitenaufnahmen geben. Schon im September 2005 hatte der israelische

Außenminister Silwan Schalom davor gewarnt, Iran könne sich binnen eines halben Jahres das Wissen zum Bau einer Kernwaffe aneignen. BND-Chef Ernst-Uhrlau zufolge verfügen die – in Medienberichten nicht näher spezifizierten – Geheimdienste über Erkenntnisse, wonach der Iran versuche, Lasertechnologie auf dem internationalen Markt zu erwerben, die auch beim Bau moderner Raketen zum Einsatz kommen kann.

Einem Ende Januar 2006 bekannt gewordenen vertraulichen Bericht des Bundeskriminalamts (BKA) und des Zollkriminalamts (ZKA) zufolge soll der Iran derzeit intensiv am Bau von ABC-Waffen arbeiten. Laut dem Nachrichtenmagazin Focus ist in dem Bericht auch von illegalen Rüstungstransfers deutscher Unternehmen die Rede. Wie es heißt, „verdichten sich Hinweise auf ein geheimes militärisches Nuklearprogramm“ des Iran. Zollfahnder ermitteln demnach gegen sechs deutsche Firmen: Sie sollen via Russland Teile geliefert haben, die für den Bau des AKW Buschehr verwendet würden. Das ZKA bestätigte Ermittlungen, wollte aber zu Einzelheiten keine Stellung nehmen. Für das Nuklear- und Trägersystem-Programm versuche die Islamische Republik jedoch, Material in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zu beschaffen. Die Beschaffungsorganisationen seien dabei nicht leicht zu enttarnen.

**Die IAEO-Resolution vom 4. Februar 2006:** Der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde hat am 4. Februar 2006 mit 27 von 35 Stimmen (bei drei Gegenstimmen von Kuba, Venezuela und Syrien; Algerien, Weißrussland, Indonesien, Libyen und Südafrika enthielten sich) beschlossen, den Streit vor das UN-Gremium zu bringen. Die iranische Führung ließ postwendend erklären, künftig wieder in industriellem Umfang Uran anzureichern und die freiwillige Kooperation mit der IAEO zu beenden. Das im Oktober 2003 eingefrorene Programm zur Urananreicherung werde „unverzüglich“ neu gestartet, teilte der stellvertretende Chef des iranischen Sicherheitsrats, Dschawed Waidi, mit.

Die Resolution drängt den Iran, „vertrauensbildende Maßnahmen“ zu ergreifen, und „hält es für notwendig“, dass der Iran u.a.

1. die „vollständige und anhaltende Aussetzung aller Aktivitäten auf dem Gebiet der Anreicherung und der Wiederaufarbeitung inklusive der Forschung und Entwicklung hierzu“ zusichert und dies von der IAEO kontrollieren lässt,
2. „den Bau eines mittels Schweren Wassers moderierten Reaktors überdenkt“,
3. „das Zusatzprotokoll [zum Atomwaffensperrvertrag] unverzüglich ratifiziert und voll umsetzt“ und
4. „bis zur Ratifikation fortfährt, in Übereinstimmung mit den Vorgaben des vom Iran am 18. Dezember 2003 unterzeichneten Zusatzprotokolls zu handeln“.

Zudem wird der Generaldirektor der IAEO mit der Resolution angewiesen, über die Umsetzung dieser und über die vorangegangener Beschlüsse Anfang März Bericht zu erstatten und „unmittelbar darauf“ seinen Bericht – zusammen mit eventuellen Resolutionen der Tagung am 6. März 2006 – an den UN-Sicherheitsrat weiterzuleiten.

Dschawed Waidi unterstrich in Wien auch, der Iran erkenne die Resolution nicht als Ausdruck des Willens der internationalen Gemeinschaft an: „Mehr als 100 Länder unterstützen das iranische Atomprogramm, das in Übereinstimmung mit dem Atomwaffensperrvertrag ist und das positive Votum von 27 Staaten kann nicht als repräsentativ für die internationale Gemeinschaft angesehen werden“.

Ursprünglich war die Entscheidung des Gouverneursrats bereits am 2. Februar erwartet worden. Für die Verzögerung hatten die blockfreien Länder gesorgt – sie stellen 16 der 35 Ländervertreter im IAEO-Vorstand. Die Staaten dieser Gruppe – darunter z.B. Kuba, Malaysia, Brasilien, Südafrika – sorgen sich, das Vorgehen gegen den Iran könne zu einem Präzedenzfall werden. Die US-Regierung strebt an, allen Staaten die Urananreicherung zur Gewinnung von Nuklearbrennstoff für Atomkraftwerke zu untersagen, die diese Technik noch nicht beherrschen. Die Blockfreien bestehen allerdings auf dem Recht aller Staaten auf zivile Nutzung der Atomenergie ohne jedwede

diskriminierende Einschränkung. Sie hatten darauf bestanden, die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten in die Resolution aufzunehmen, wovon auch das auf 100 bis 200 Sprengköpfe geschätzte Nukleararsenal Israels betroffen ist. Die Forderung ist nun, wie immer ohne Israel direkt anzusprechen, in der IAEO-Resolution enthalten. Allerdings ist bereits in vielen UN-Resolutionen von der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten die Rede; diese Forderung wurde von den Vereinigten Staaten jedoch stets vehement abgelehnt. In Israel ist man hinter vorgehaltener Hand von der Resolution weniger angetan, als offiziell verlautbart wurde.

**Diplomatische Verhandlungen:** Die iranischen Behörden übergaben der russischen Botschaft in Teheran am 15. Februar 2006 eine offizielle Benachrichtigung über ihre Absicht, am 20. Februar eine Delegation zu Verhandlungen u.a. über die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens für die Urananreicherung nach Moskau zu entsenden. Der Iran hatte die ursprünglich für den 16. Februar angesetzten Gespräche vorübergehend ausgesetzt.

Der britische Außenminister Jack Straw erklärte, der Iran habe jetzt noch einige Wochen Zeit, die Urananreicherung zu stoppen. Ansonsten seien Maßnahmen, die Sanktionen einschließen könnten, „so gut wie unvermeidlich“.

Der iranische Präsident Ahmadinedschad kommentierte die IAEO-Resolution unterdessen in einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA mit den Worten: „Ihr könnt noch so viele Resolutionen dieser Art verabschieden und weiterträumen, aber ihr könnt den Fortschritt im Iran nicht verhindern.“

Der Streit mit dem Iran ließ den Ölpreis weiter steigen. Im asiatischen Handel verteuerte sich ein Barrel leichten US-Öls am 6. Februar 2006 um knapp einen US-Dollar auf 66,34 US-Dollar. Am 13. Februar hatte der Iran seine Ankündigung in die Tat umgesetzt, die Urananreicherung im industriellen Maßstab wiederaufzunehmen. Teheran werde die nächste Sitzung des IAEO-Gouverneursrats am 6. März nicht mehr abwarten, kündigte der Sprecher von Mahmud Ahmadinedschad, Gholamhossein Elham, an.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow knüpfte das Angebot allerdings an Bedingungen und erklärte am 13. Februar in Wien, der Iran müsse zunächst einmal die Urananreicherung im eigenen Land unbefristet einfrieren. Erst wenn Iran wieder Vertrauen geschaffen habe, könne es Gespräche darüber geben, ob und wie das Land ein umfassendes Atomenergie-Programm aufbauen könne. Aus iranischen Kreisen verlautete, man wolle ein Eingreifen des UN-Sicherheitsrates verhindern. Der iranische Regierungssprecher Gholam-Hussein Elham hatte zuvor in Teheran unterstrichen, dass der russische Vorschlag überhaupt nur als Ergänzung zur Urananreicherung im Iran selbst angesehen werden könne.

**Iranische Kontroverse:** Die konservative Zeitung Jomhuri-e Islami, die als Sprachrohr von Revolutionsführer Seyyed Ali Chamene'i gilt, warf Mahmud Ahmadinedschad eine für den Iran letztendlich schädliche Provokation des Westens vor, da dadurch Sanktionen gegen den Iran eingeleitet werden konnten. Zitat: „Ihre Äußerungen zum Atomkonflikt sind aggressiv und keineswegs in schöne Worte gekleidet, so dass sie den Eindruck erwecken, die Diskussion um die Atomfrage werde mit Starrsinn geführt“.

**Sabotage:** Nach einem Artikel in der New York Times vom 20. August 2008 soll die CIA mit Hilfe von drei Schweizer Ingenieuren, die in das Khan-Netzwerk eingebunden waren, das iranische Atomprogramm bewusst sabotiert haben. Dadurch sollen in der Anreicherungsanlage Natanz Anfang 2006 50 Zentrifugen durch Manipulationen an einem Stromversorgungsteil *explodiert* sein.

## 2007

Ardeshir Hosseinpour, Mitbegründer des „Nuclear Technology Center“ in Isfahan und Spezialist für Urananreicherung, starb im Januar 2007 unter bisher ungeklärten Umständen an einer

Gasvergiftung.

**Einschaltung des Weltsicherheitsrats:** Inzwischen hatten sich die Veto-Mächte China, Russland, Frankreich, Großbritannien und die USA auf die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats geeinigt. Bevor das höchste Gremium der UN über konkrete Maßnahmen entscheide, werde man aber den Bericht vom 6. März 2007 abwarten, erklärten die Außenminister der fünf Vetomächte am 31. Januar 2007 in London.

Der Iran ist nach Einschätzung der US-Geheimdienste nicht im Besitz von Atomwaffen, wie es in Meldungen Anfang Februar 2007 hieß. Der Iran habe wahrscheinlich auch noch kein für die Atomwaffenproduktion notwendiges spaltbares Nuklearmaterial produziert oder erworben, sagte der US-Geheimdienstdirektor John Negroponte. Dennoch sei die Möglichkeit, dass der Iran Atomwaffen herstelle und Raketen damit ausstatte, ein „Grund zur äußersten Besorgnis“. Das größte Problem stellt seinen Worten zufolge aber weiter das Terrornetzwerk al-Qaida dar.

**Geheimdienstberichte:** In der Übereinkunft zwischen dem Unterhändler der Islamischen Republik Iran, Ali Laridjani, und der IAEA in Vertretung durch Mohammed el-Baradei vom 21. August 2007 wurden Vereinbarungen getroffen, die eine Zusammenarbeit im Bereich der Uran-Anreicherung beinhalteten. Der Schwerwasserreaktor von Arak sollte besichtigt werden dürfen, 5 neue Inspektoren wurden von der IRI anerkannt, der Erteilung von 14 Einreise-Visa für Inspektoren wurde zugestimmt, die Plutonium-Experimente sollten beendet werden, die Quelle der Spuren von hochangereichertem Uran sollte angegeben werden, die entsprechenden Modalitäten wurden angefügt.

Nach einem Bericht aller 16 US-Geheimdienste, veröffentlicht am 3. Dezember 2007, hat der Iran aller Wahrscheinlichkeit nach im Herbst 2003 sein Atomwaffenprogramm eingestellt. In dem Bericht steht: „Die iranische Regierung von Präsident Mahmud Ahmadinedschad ist weniger entschlossen als bisher angenommen, ein Atomarsenal zu entwickeln. Das Land sei frühestens Ende 2009 technisch in der Lage, hochangereichertes Uran für den Bau von Atomwaffen herzustellen. Doch auch das sei sehr unwahrscheinlich.“ Die Produktion von genügend hochangereichertem Uran zur Herstellung eines einzigen Sprengkopfs sei dem Iran zudem frühestens im Jahr 2015 möglich.

**Computersimulationen:** Das zur Europäischen Kommission gehörende Forschungszentrum Ispra kam in einer am 21. Februar 2008 veröffentlichten Computersimulation der Zentrifugen von Natanz zu dem Ergebnis, dass der Iran „schon bis Ende dieses Jahres die für einen nuklearen Sprengkörper erforderlichen 25 Kilogramm an hoch angereichertem Uran hergestellt haben könnte“.

## **2008**

**Diplomatische Verhandlungen:** Bei einem Besuch des IAEA-Generaldirektors Mohammed el-Baradei am 13. Januar 2008 in Teheran versprach der Iran, alle noch offenen Fragen zu seinem Atomprogramm zu klären – „und zwar innerhalb der kommenden vier Wochen“. Am 30. Januar 2008 verkündete Präsident Ahmadinedschad in einer vom staatlichen Fernsehen übertragenen Rede, dass „sein Land [...] in einem Jahr über Atomenergie verfügen“ werde.

Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana übergab am 14. Juni 2008 in Teheran ein neues „Paket von Vorschlägen“ an die iranische Regierung, das diese zur Aussetzung der Urananreicherung bewegen soll. Darin stellte die Sechser-Verhandlungsgruppe (China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und die USA) dem Iran technische und finanzielle Hilfe zur Entwicklung der zivilen Atomenergie in Aussicht, darunter auch Atomreaktoren und Lieferungen von Kernbrennstoff. Im Gegenzug müsse der Nahost-Staat die Urananreicherung aussetzen.

Am 28. Juni 2008 bezeichnete der iranische Parlamentschef und ehemalige Chefunterhändler in Atomfragen Ali Laridschani\_ im staatlichen Fernsehen die jüngsten Vorschläge der so genannten



Sechser-Gruppe zur Lösung des andauernden Atomstreits als „leere Versprechungen“. Sie seien ein Versuch, zu verhindern, dass die iranische Nation ihr Recht auf die zivile Atomenergie wahrnehme.

**Teilnahme der USA:** Bei einer neuerlichen Verhandlungsrunde am 19. Juli 2008 in Genf war zum ersten Mal ein ranghoher Vertreter des US-Außenministeriums, William Burns, mit am Verhandlungstisch. „Die erstmalige Teilnahme der USA an den Gesprächen wird als Wendepunkt in der US-Politik gegenüber Teheran gewertet.“

Ein neuerlicher Bericht der IAEO vom 19. September 2008 wirft dem Iran mangelnde Kooperation im Atomstreit vor. Demnach baue der Iran „zudem seine Urananreicherung weiter aus, sei aber noch weit davon entfernt, genug von dem Spaltmaterial für den Bau einer Atombombe zu produzieren.“ Konkret soll der Iran aktuell 3820 Zentrifugen betreiben. Weiterhin habe der Iran „mittlerweile 480 Kilogramm niedrig angereichertes Uran angehäuft. Für den Bau einer Atombombe wären 1700 Kilogramm nötig, die dann hoch angereichert werden müssten.“

## **2009**

**Neue Geheimdiensteinschätzung:** Die Nachrichtenagentur Reuters zitierte am 10. März 2009 den US-amerikanischen Nationalen Geheimdienstchef Dennis C. Blair: „Der Iran besitzt nach Einschätzung der US-Geheimdienste kein waffenfähiges Uran und hat auch noch nicht über dessen Herstellung entschieden.“

**Eröffnung der ersten Brennstäbe-Fabrik:** Einen Monat später, Anfang April 2009, gab Präsident Mahmud Ahmadinedschad die Eröffnung einer betriebsbereiten Uranfabrik in Isfahan bekannt, die unter anderem den 40-Megawatt-Forschungsreaktor in Arak mit Brennstäben versorgen soll. Weiteren Angaben zufolge verfügt das Land über 7000 einsatzbereite Uranzentrifugen. Irans Atomprogramm habe damit die letzte Stufe erreicht.

Im Juni 2009 kehrte Schahram Amiri, Physiker an der Malek-Aschtar-Universität (MUT), von einer Pilgerfahrt nach Mekka nicht zurück. Er tauchte erst im Juli 2010 in der pakistanischen Botschaft in Washington wieder auf. Die *Washington Post* berichtete, Amiri habe vom CIA fünf Millionen Dollar für Informationen über das iranische Atomprogramm erhalten.

**Erneute Geheimdiensteinschätzung:** Nach einem Bericht der New York Times vom 9. September 2009 hat der Iran nach Einschätzungen des amerikanischen Geheimdienstes inzwischen genügend Brennstoff beisammen, um schnell eine Atombombe bauen zu können. Die Inspektoren würden jedoch sofort Alarm schlagen, sollte Teheran die Anreicherung der Uranvorräte hin zu waffenfähigem Material betreiben. Vor dem Bau einer einsatzfähigen Atomwaffe müsste der Iran jedoch ein Sprengkopf-System entwickeln oder einkaufen, das über die nötige Auslösetechnik für die Bombe verfügt. Die IAEA-Inspektoren zählten bei ihren letzten Besuchen in Irans Urananreicherungszentrum Natanz mehr als 8000 Zentrifugen. Allerdings war dem Untersuchungsbericht zufolge nur die Hälfte in Betrieb.

**Entgegenkommen des Iran:** Bei den Genfer Gesprächen der fünf UN-Vetomächten und Deutschland am 1. Oktober 2009 erklärte der iranische Unterhändler Saeed Dschalili „im Prinzip“ die Zustimmung seines Landes, die Urananreicherung nach Russland zu verlagern. Der Iran bestehe jedoch auf seinem Recht zur Atomforschung. Das Land werde dabei aber seinen Verpflichtungen gemäß dem Atomwaffensperrvertrag nachkommen. Weiterhin kündigte der Iran die volle Kooperation mit der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA an. Auch die kürzlich bekannt gewordene zweite Anreicherungsanlage in Qom dürfe inspiziert werden. Eine Woche später, am 7. Oktober, beschuldigte die iranische Regierung die USA, in das mysteriöse Verschwinden des Atomwissenschaftlers Schahram Amiri verwickelt zu sein, und stellte ihre Zustimmung in Frage.

**Abbruch der Gespräche:** Am 1. Dezember 2009 gab Präsident Mahmud Ahmadinedschad

bekannt, dass es keine weiteren Gespräche über das iranische Atomprogramm geben werde. Er gab außerdem bekannt, dass der Iran sein Uran nicht im Ausland anreichern werde, da der Iran selbst über derartige Ressourcen verfüge.

## **2010**

**Sprengekopfpläne:** Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 4. Februar 2010, besitzt der Iran Baupläne für einen fortgeschrittenen Atomsprenkopf. Die Pläne kommen von einem Wissenschaftler aus einem früheren sowjetischen Nuklearwaffenlabor. Westliche Geheimdienste und Diplomaten bestätigten entsprechende Informationen aus einem Papier, das den Kenntnisstand der Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde zusammenfasst.

**Urananreicherung auf 20 Prozent:** Am 9. Februar 2010 kündigte ein Sprecher der iranischen Atomenergiebehörde an, mit der Anreicherung von Uran auf 20% zu beginnen, nachdem der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad am 7. Februar 2010 im iranischen Fernsehen dies ankündigte, im Gegensatz zur möglichen Verhandlungsbereitschaft laut einem Interview vom 2. Februar 2010. Die IAEA wurde am 8. Februar 2010 von der iranischen Atomenergiebehörde über das Vorhaben informiert. Irans Außenminister Manutschehr Mottaki hat am 5. Februar 2010 auf der Münchner Sicherheitskonferenz dem Westen das Angebot unterbreitet, „zeitgleich“ den Austausch von niedrig angereichertem Uran gegen hochangereichertes Uran vornehmen zu lassen. Ein Kompromissvorschlag der internationalen Gemeinschaft hatte vorgesehen, dass Iran sein Uran im Ausland weiter anreichern lassen kann. Laut Vertragsentwurf der IAEA müsste Iran 1200 Kilogramm seines leicht angereicherten Urans in einer einzigen Lieferung ins Ausland bringen und würde dafür binnen zwölf Monaten Brennelemente für seinen Forschungsreaktor erhalten. Das angereicherte Uran, in der Größenordnung von 120kg soll in der Anlage in Natanz für den *Tehran Research Reactor* produziert werden, in dem Isotope zur medizinischen Anwendung hergestellt werden sollen. Ein Sprecher des iranischen Außenministeriums erklärte am 8. Februar 2010, die Anreicherung auf 20% würde nicht gegen den Atomwaffensperrvertrag verstoßen. Ali-Akbar Salehi, der Leiter der iranischen Atomenergiebehörde ergänzte am 10. Februar 2010, der Iran bräuchte Radioisotope für medizinische Zwecke für 850.000 Patienten.

Am 10. Februar 2010 kündigte daraufhin der amerikanische Präsident Barack Obama umfangreiche Sanktionen gegen Iran an.

Am 11. Februar 2010 erklärte Mahmud Ahmadinedschad, dass der Iran erste Mengen von 20% angereichertem Uran in Natanz hergestellt habe. Das iranische Nuklearprogramm wäre jedoch unter völliger Aufsicht der Internationalen Atomenergiebehörde und fügte hinzu, dass der Iran die Fähigkeit zur Anreicherung von Uran auf ein Niveau von über 20 Prozent habe. Nuklearwaffen würden jedoch von denen gebaut, die nicht Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrag seien. Nach einem Bericht von IAEA-Inspektoren am 18. Februar 2010, habe der Iran auch nach 2004 an atomaren Sprengköpfen gearbeitet. Gleichzeitig wurde bekannt, dass der Iran höchstens 100g Uran pro Tag anreichern könne, damit würde es einige Jahre dauern bis die nötige Menge für einen Sprengkopf hergestellt wäre.

**Zwei neue Urananreicherungsanlagen:** Am 22. Februar 2010 gab der Leiter der iranischen Atomenergiebehörde, Ali Akbar Salehi, gegenüber der iranischen Nachrichtenagentur ISNA bekannt, dass der Iran zwei neue Urananreicherungsanlagen bauen würde; der Baubeginn solle nach dem 21. März stattfinden. Die Anreicherung will der Iran mittels einer neuen Generationen von Zentrifugen herbeiführen.

**Iran stimmt Urananreicherung im Ausland zu:** Am 17. Mai 2010 unterzeichnete der Iran mit der Türkei und Brasilien ein Abkommen, schwach angereichertes Uran in der Türkei gegen Brennstäbe zu tauschen. Nach diesem Abkommen soll 1200 Kilogramm niedrig angereichertes Uran aus Iran so lange auf türkischem Gebiet aufbewahrt werden, bis spätestens ein Jahr danach im Gegenzug der Iran dafür 120 Kilogramm Uran (für seinen medizinischen Forschungsreaktor in Teheran) erhalten solle, das auf 20 Prozent angereichert wurde.

**Geheimdienste vermuten Atombombe für das Jahr 2012:** Nach Einschätzung des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA habe der Iran bis heute (28. Juni 2010) niedrig angereichertes Uran in der Menge hergestellt, dass damit noch im Jahre 2012 zwei Atombomben hergestellt werden könnten, sofern sich der Iran dafür entschlüsse. Nach Angaben von Gary Samore, dem obersten Berater Präsident Barack Obamas für Atomwaffen, zitiert in der New York Times vom 20. August 2010, soll der Iran noch mindestens ein Jahr vom Bau nuklearer Sprengköpfe entfernt sein.

Der israelische Geheimdienst Mossad prophezeite im November 2011, in acht bis zwölf Monaten werde der Iran die Bombe bauen.

**Computervirus:** Ein völlig neuartiger Computervirus („Stuxnet“) hat offenbar als *digitale Waffe* das iranische Atomprogramm sabotiert. Der Angriff galt offenbar den vom Iran verwendeten Siemens-Industriesteueranlagen. Nach iranischen Regierungsangaben sind im Iran massiv Industrieanlagen mit dem Virus infiziert worden. Ein IT-Experte der iranischen Regierung erklärte, dass rund 30.000 Computer befallen seien, auch Rechner im Atomkraftwerk Buschehr. Die Inbetriebnahme des ersten iranischen Atomkraftwerks, ursprünglich für November 2010 geplant, verzögert sich um mehrere Monate. Dies sei möglicherweise eine Folge des Computervirus. Dabei soll es sich um „gezielte Sabotage“ handeln, so der Hamburger Computerexperte Ralph Langner, mit der „größten Schadsoftwareoperation der Geschichte“.

**Anschläge auf iranische Nuklearexperten:** Am 12. Januar 2010 wurde der iranische Teilchenphysiker Massud Ali-Mohammadi von einer ferngesteuerten Bombe getötet. Iran hat die USA und Israel des politischen Mordes beschuldigt. Der Tod des Physikers markiert den Beginn einer Anschlagserie. Im November 2010 wurden bei zwei weiteren Bombenanschlägen in Teheran der iranische Atomforscher Madschid Schahriari getötet und ein weiterer, Fereidun Abbassi, heute Leiter des nationalen Atomprogramms, verletzt. Auch für diese Attentate macht die iranische Regierung die Geheimdienste Israels und der USA verantwortlich.

## 2011

**Eigenständige Herstellung von Brennstäben:** Im Januar 2011 teilte der Chef des iranischen Atomprogramms, Ali Akbar Salehi der Nachrichtenagentur Fars mit, dass der Iran jetzt in der Lage sei, Brennstäbe selbst herzustellen. Er sagte, in der Anlage von Isfahan wurde eine Einheit zur Herstellung von Brennstoffplatten eingerichtet.

**Neue unterirdische Atomanlage in Fordo:** Iran nahm seine unterirdische Anlage "Fordo" (benannt nach einem iranischen Dorf das im Iran-Irak-Krieg hohe Verluste erlitt) 30km nördlich von Qom in Betrieb. Es wurden Zentrifugen aus Natanz verlagert, aber auch eine neue Generation von Zentrifugen in Betrieb genommen. Ziel sei es, die Kapazitäten zur Herstellung auf 20% angereicherten Urans zu verdreifachen. Ob Iran die Erstellung dieser Anlage rechtzeitig der IAEO gemeldet hat, ist umstritten. Iran behauptet, im Juli 2011 ein unbemanntes US-Spionageflugzeug über der Anlage in Fordo abgeschossen zu haben.

**Weiterer Anschlag auf iranischen Atomexperten:** Am 23. Juli 2011 wurde der 35-jährige Wissenschaftler und Universitätsdozent Dariusch Rezaie vor dem Kindergarten seiner Tochter durch Schüsse zweier Täter getötet. Seine Ehefrau wurde verletzt. Israels Verteidigungsminister Ehud Barak antwortete auf die Frage, ob Israel in diese Tat verwickelt sei, mit „Israel antwortet nicht“. Die USA haben eine Beteiligung zurückgewiesen.

Am 28. August 2011 wurde das Todesurteil gegen Madschid Dschamali Faschi gefällt, der für den Tod des Teilchenphysiker Massoud Ali-Mohammadi im Januar 2010 verantwortlich sein soll.

**Explosion auf Militärbasis:** Am 10. November 2011 ereignete sich eine Explosion auf einem Raketentestgelände der Revolutionsgarden. Dabei wurden, so die amtlichen Angaben, 17 Militärangehörige getötet, darunter der Leiter für die Entwicklung der iranischen Raketenysteme

des Typs „Schahab“ und „Silsal“, General Hassan Moghaddam. Inoffizielle Quellen sprechen von bis zu 36 Toten. Das Unglück wurde, so die offiziellen Angaben, durch ein explodiertes Munitionslager hervorgerufen.

**Abschuss einer Drohne:** Am 4. Dezember 2011 meldete der staatliche TV-Sender al-Alam den Abschuss einer Drohne vom Typ Lockheed Martin RQ-170 in der Nähe der Stadt Kaschmar. Es handele bei der Mission um eine der geheimsten der USA mit dem Ziel, Informationen über die Atomanlagen des Iran zu sammeln, so die New York Times. Die offensichtlich unbeschädigte Drohne wurde am 8. Dezember 2011 im iranischen Staatsfernsehen präsentiert. Nach Angaben des Brigadegenerals Amir Ali Hadschisadeh wurde die Drohne durch einen Cyber-Angriff unter iranische Kontrolle gebracht.

## 2012

**Anschlag auf Mostafa Ahmadi Roschan:** Am 11. Januar wurde Mostafa Ahmadi Roschan, Chemiker und ein Direktor der Urananreicherungsanlage in Natanz mittels einer magnetischen Bombe in Teheran getötet. Der Anschlag wird in Medienberichten mit der Anschlagserie auf iranische Nuklearexperten, die am 12. Januar 2010 begann, und dem Einsatz des Stuxnet-Virus in Verbindung gebracht. „Sowohl die Morde als auch die Computersabotage könnten Anzeichen für eine verdeckte Kriegsführung sein, die das iranische Atomprogramm torpedieren soll“, schreibt die taz und beruft sich dabei auf Theodore Karasik, Sicherheitsexperte am *Institut für militärische Analyse im Nahen Osten und am Golf* (INEGMA) mit Sitz in Dubai.

## Inneriranische Haltungen zu Atomwaffen

**Fatwa des Staatsoberhauptes Ayatollah Ali Chamene'i:** Das Staatsoberhaupt Ali Chamene'i hat im August 2005 eine Fatwa erlassen und der IAEA notifiziert, die Herstellung und Gebrauch, von Atomwaffen verbietet. Öffentlich bestätigt hat er die Ablehnung dieser Handlungen zuletzt mit einer Botschaft an die Teheraner Konferenz „Atomkraft für alle, Atomwaffen für niemanden“ im April 2010. Das iranische Staatsoberhaupt hat im System Velayat-e faqih das letzte Wort in allen Entscheidungen.

**Meinungsumfragen:** Bei einer Befragung des Institutes Charney Research im Auftrag des International Peace Institute vom September 2010, zeigt sich eine Zustimmung des iranischen Volkes zur Entwicklung und zum Besitz von Atomwaffen von 71%. Im Juni 2006 lag diese Zustimmung noch bei 52%.

## Militärische Aspekte des Konflikts

**Forcierte militärische Planungen:** US-Präsident George W. Bush behielt sich schon seit Januar 2005 einen Militärschlag gegen den Iran dezidiert vor. Er werde „niemals irgendeine Option vom Tisch nehmen“, erklärte Bush seinerzeit. Damals war von verschiedener Seite u.a. behauptet worden, US-amerikanische Spezialeinheiten hätten bereits rund drei Dutzend Ziele im Iran für mögliche Bomben- und Raketenangriffe ausgekundschaftet und US-Flugzeuge seien gezielt in den Luftraum Irans eingedrungen, um Abwehrstellungen über deren Radar ausfindig zu machen.

Am 12. Februar 2006 hatte der britische „Sunday Telegraph“ über detaillierte US-Pläne für einen Angriff auf den Iran berichtet. Bei den Planungen zur Zerstörung der iranischen Atomanlagen gehe es um weit mehr als die „übliche Risikobewertung“, zitierte die Zeitung einen Berater des US-Verteidigungsministeriums. Logistik, Ziele und Bombenladungen würden bereits detailliert berechnet. Es handele sich um Pläne, die über die „Standardeinschätzung der militärischen Eventualitäten“ hinausgingen. Militärplaner des *Central Command* und des *Strategic Command* im Pentagon seien mit der Ausarbeitung beauftragt worden. Geplant seien massive Bombenangriffe aus der Luft und gleichzeitige seegestützte Raketenangriffe. Nicht vorgesehen sei eine Beteiligung von Alliierten. Weil sie eine Eskalation der Gewalt im Nahen Osten fürchte, stehe die britische Regierung einem Militärschlag gegen den Iran dagegen sehr skeptisch gegenüber, berichtete die

Zeitung seinerzeit weiter.

Vermeintlich werden auch wieder schon öfter ins Gespräch gebrachte Pläne diskutiert, Israel formell in die NATO zu integrieren, mit der das Land ohnehin schon eng kooperiert. Nach einem Bericht der „Sunday Times“ (London) vom 5. März 2006 operieren israelische Spezialeinheiten bereits im Iran; sie sollen demnach vor allem versteckte Anlagen für die Zielplanungen eines möglichen Angriffs ausmachen.

Am 7. Januar 2007 berichtete die Sunday Times, dass die israelische Luftwaffe begonnen hat, die Zerstörung der iranischen unterirdischen Atomanlagen wie diejenige in Natanz mit taktischen Atombomben zu üben. Der Bericht wurde umgehend von der israelischen Regierung demontiert. Am 20. Februar 2007 berichtet die BBC, dass der US-Notfallplan Angriffe mit bunkerbrechenden Bomben, die von B-2-Stealth-Bombern abgeworfen werden sollen, vorsieht, um die 25m tief im Erdreich liegenden Hallen mit den Zentrifugen zu zerstören.

Einem Bericht der US-Zeitung „New York Times“ zufolge hatte die israelische Luftwaffe Anfang Juni 2008 einen Angriff auf den Iran, besonders der Bombardierung des iranischen Atomforschungszentrums Natanz, in einem Manöver geübt. Das Manöver unter dem Namen „Glorreicher Spartaner 08“ wurde auf der griechischen Insel Kreta abgehalten. Mehr als 100 Kampfflugzeuge vom Typ F-16 und F-15 sollten sich demnach auf einen weitreichenden Einsatz vorbereiten.

Nach einem Bericht der Militärzeitschrift Jane's vom 27. August 2008 lehnte die USA den Antrag, moderne Tankflugzeuge von Typ KC-767 an Israel zu liefern, ab. Damit könnte ein möglicher israelischer Angriff auf das iranische Atomprogramm erschwert werden. Dagegen unterzeichnete am 5. August der Chef der U.S. Missile Defense Agency, Henry Obering, einen Vertrag mit Israel, der das gemeinsame Projekt „David's Sling“ (Davids Schleuder) bis 2015 absichert. Es handelt sich hierbei um ein Abwehrsystem, das gleichermaßen gegen Langstrecken-Raketen und Marschflugkörper funktionieren soll. Beteiligt sind Raytheon (USA) und Rafael (Israel). Damit solle Israel der bestmögliche Schutz gegen iranische Angriffswaffen zugesichert werden.

Eine detaillierte Expertise des *Center for Strategie & International Studies* vom 14. März 2009 beschreibt drei Angriffsszenarien mittels 80 Flugzeugen des Typs F-16 und F-15 oder 42 Raketen des Typs Jericho-3 auf die Anlagen von Isfahan, Natanz und Arak.

**Iranische Reaktionen:** Der Iran hat sich in den vergangenen Jahren auf dem Weltmarkt verstärkt moderne Militärtechnologie beschafft. Von Russland erwarb das Land Mitte Januar 2006 für 700 Millionen Dollar 29 moderne SA-15 Gauntlet Mittelstrecken-Flugabwehrraketensysteme zur Bekämpfung von Kampfflugzeugen und Lenk Waffen, nachdem ein Kauf der Langstreckensysteme SA-20 Gargoyle (S-300PMU-2) nach US-Protesten abgesagt wurde.

Am 9. Juli 2008 berichtete der iranische TV-Sender al-Alam über verschiedene Raketenstarts mit einer Reihe spektakulärer Fotos, die sich im Nachhinein als die Anzahl der startenden Raketen angeht als digitale Fälschung herausstellte. Im Mittelpunkt des iranischen Raketenprogramms steht die Shahab 3, eine weiterentwickelte nordkoreanische Mittelstreckenrakete, die sowohl militärisch als auch in einer erweiterten Version (Safir) für die iranische Weltraumorganisation Verwendung findet.

Am 28. Juni 2008 erklärte der Chef der Iranischen Revolutionsgarden, Mohammad Ali Dschafari, gegenüber örtlichen Medien, u.a. der Zeitung *Jam-e Jam*, dass der Iran einen Luftangriff mit einem Vergeltungsschlag beantworten würde und wörtlich: „Das zionistische Regime wird es mit unseren Streitkräften und unserer Fähigkeit nicht aufnehmen können.“ Zugleich drohte der Chef der Revolutionsgarden mit einer Blockade der für Ölexporte aus der Golfregion wichtigen Passage durch den Persischen Golf und die Straße von Hormus.

Ein amerikanisches Kampfflugzeug hat am 25. Februar 2009 über irakischem Gebiet eine iranische Drohne abgeschossen. Die iranische Herstellerfirma Farnas Aerospace Company erklärt

kurze Zeit danach die mögliche Serienfertigung der Drohnen. Am 22. August 2010 wurde ein Drohrentyp der Öffentlichkeit vorgestellt.

Quelle: <http://de.wikipedia.org>

#### **Bildnachweis: Standorte des iranischen Atomprogramms**

Beschreibung: Atomprogramm des Iran, Zweite Version

Datum: 1. Juli 2006 (Original-Hochladedatum); 4. Juli 2006 (last version)

Quelle: Eigenes Werk ([WEBMASTER](#))

Transferred from [de.wikipedia](#) to Commons by [User:Boteas](#) using [CommonsHelper](#)

Urheber: [WEBMASTER](#) at [de.wikipedia](#)

Lizenz: Diese Datei ist unter der [Creative Commons](#)-Lizenz [Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Unported](#) lizenziert.

Es ist erlaubt, die Datei unter den Bedingungen der **GNU-Lizenz für freie Dokumentation**, Version 1.2 oder einer späteren Version, veröffentlicht von der [Free Software Foundation](#), zu kopieren, zu verbreiten und/oder zu modifizieren; es gibt keine unveränderlichen Abschnitte, keinen vorderen und keinen hinteren Umschlagtext.

#### **Bildnachweis: EU-3**

Beschreibung: The foreign ministers from France, Philippe Douste-Blazy, Britain, Jack Straw and Germany, Frank-Walter Steinmeier and Javier Solana, European Union foreign policy chief, from left, briefed the media after a meeting in Berlin

Datum: 12. Januar 2006

Quelle: [US DoS](#)

Lizenz: *This image is a work of a [United States Department of State](#) employee, taken or made during the course of an employee's official duties. As a [work of the U.S. federal government](#), the image is in the **public domain** per 17 U.S.C. § 101 and § 105 and the [Department Copyright Information](#).*